

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: W. H. W. Verlag
Hauptstadt: Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Verlag: W. H. W. Verlag
Hauptstadt: Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Verlag: W. H. W. Verlag
Hauptstadt: Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Der Völkerbundsrat in völliger Hilflosigkeit Japan und China plagen in Genf aufeinander

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 19. Febr. An den ersten oder verlegenen Verhandlungen der hohen Ratsmitglieder war es von vornherein zu erkennen, daß sich die Herren vor große verantwortungsvolle Entscheidungen gestellt haben, denen sie beim besten Willen nicht mehr ausweichen konnten. China hat heute die dringende Ratsagung durchgesetzt.

Japan schaffe Unordnung in China. Dann erinnert der Chinese wieder energisch an die eigentliche Frage des Tages und die Pflicht des Rates, sofort Entschlüsse zu fassen, um die immer näher kommende Offensive vor Shanghai zu verhindern. Sato erwidert noch einmal kurz: Dann greift der

Ratspräsident Paul Boncour

endlich ein. Er spricht ganz ohne den bei ihm üblichen Glanz. Manne er früher den Krieg im Fernen Osten ein Risikohandeln, so spricht er jetzt nur von einem Streit. Der Rat habe immer noch nicht ausreichende Informationen über die schwer zu beurteilende Lage im Fernen Osten. Seine Rede wird dann immer mehr zu einem ungewollten Eingeständnis der völligen Hilflosigkeit und der mangelnden Aufrichtigkeit des Völkerbundsrates. Bei Japan entschuldigend er sich gewissermaßen für den kürzlichen Appell an seinen Großmut. Immer inhaltloser und frecher werden seine Verlegenheitsreden, immer mehr sucht er sich mit schaupielerischen Gesten und Mienecken zu helfen.

Dann endlich muß er auf den Kern kommen, die drohende Offensive.

Sowas wendet er sich noch immer wie ein Wurm, um sich vor Entschlüssen zu drücken, aber es gelingt ihm nicht lange. Er schließt die Diskussion. Chinas Vertreter habe gebeten, die Mittel des Völkerbundes anzuwenden, aber welche Mittel? ruft Boncour aus und streckt dabei die Hände zum Himmel.

Das war das völlige Eingeständnis der Ohnmacht und Hilflosigkeit des Rates in solchen Fällen, bei dem also kein bedrohter Staat wirksame Hilfe finden kann.

Was könne man tun? Am liebsten wäre es Boncour, wenn die Chinesen zurückweichen, um den Kampf zu vermeiden. Er deutet das an, wagt es aber nicht auszusprechen. Wenn die Ratsverhandlungen noch lange dauerten, könnte die Welt es erleben, daß die Kanonen noch losgehen, während man hier verhandelt. Vielleicht könne Japan sein Ultimatum verlängern. Auf jeden Fall müßte man an Ort und Stelle in Shanghai verhandeln.

Können wird es klar: Das ist die Pleite, die eingestandene Pleite des Rates. Der Völkerbund verweigert darauf, auch nur das Geringste zu wagen.

Es folgen kurze Reden der wichtigsten übrigen Ratsmitglieder, aber auch diese finden keinen Ausweg. Nach vierstündiger Aussprache beschließt dann der Völkerbundsrat auf Grund eines Vorschlages des Ratspräsidenten Paul Boncour, an die japanische und chinesische Regierung folgende Aufforderung zu richten:

1. Verlängerung des Ultimatums;
2. sofortige Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen;
3. Einstellung neutraler Truppen zwischen den japanisch-chinesischen Kampfzonen, um den Ausbruch von Feindseligkeiten nach dem Ablauf des Ultimatums zu vermeiden.

Ferner wurden die Vertreter der Großmächte ersucht, ihren Vertretern in Shanghai sofort telegraphisch diesen Vorschlag des Völkerbundsrates zu übermitteln. Im lautiester Stimme des Saales gab der japanische Vizekanzler die Erklärung ab, daß er den Vorschlag des Ratspräsidenten unverzüglich seiner Regierung übermitteln werde. Paul Boncour richtete sodann im Namen des Völkerbundsrates einen gleichen Appell an die chinesische Regierung.

Genf, 19. Febr. Der Völkerbundsrat ist vom Ratspräsidenten Boncour am Sonntag nachmittag zur Verhandlung der Remeistrage einberufen worden.

Vollversammlung des Völkerbundes am 3. März

Genf, 19. Febr. Der Völkerbundsrat hat am Freitagabend nach vierstündigen Verhandlungen auf Grund des Antrages der chinesischen Regierung beschlossen, eine außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes zum 1. März nach Genf einzuberufen. Sämtliche 54 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes werden ersucht, Vertreter zu der Vollversammlung zu entsenden.

Kabinettsrat in Tokio

Tokio, 19. Februar. Der Kriegsminister berichtete dem Kabinettsrat, daß die Lage in Shanghai außerordentlich ernst zu werden drohe, da eine große Zahl chinesischer Soldaten unter Führung Tschangkalangs im Besitz sei, zur 18. chinesischen Armee zu stoßen. Wie man hört, ist das Kabinettsrat einig, alles zu versuchen, um eine Entzündung der Lage zu verhindern, die zur Kriegserklärung zwingen könnte.

Kaiser Suni mandchurischer Präsident

Tokio, 19. Febr. Wie die japanische Zeitung "Wabi Shinbun" meldet, wurde der frühere Kaiser von China, Peking Yuan, einstimmig zum Präsidenten des Vollkongresses der unabhängigen Mandchurien gewählt.

Mammutbank

Seit Monaten berät die Reichsregierung über die Neuorganisation und Klärung der Großbanken. Jetzt scheinen die Beratungen in ihr letztes Stadium eingetreten zu sein. Man will noch vor dem 28. Februar, dem Beginn der Reichstagsferien, mit einem endgültigen Ergebnis vor die Öffentlichkeit treten. Die Hauptaufmerksamkeit der zuständigen Stellen in der Reichsregierung ist dabei auf eine Verschmelzung der Darmstädter und Nationalbank mit der Dresdner Bank gerichtet. Daneben läuft eine Aussonderung der Commerzbank mit dem Harmer Bankverein. Ihre Ursache finden diese Bemühungen der Reichsregierung in dem Verstreuen, die Klärung dieser Banken gegenüber den wieder härter werdenden Kreditanforderungen der Wirtschaft zu erhöhen. Zu diesem Zweck soll eine Kapitalzusammenlegung im Verhältnis von 4:1 erfolgen, während man ursprünglich mit einer Zusammenlegung von 3:1 auskommen wollte. Freilich ist mit der Kapitalzusammenlegung allein die Lage der Großbanken noch nicht entscheidend gebessert. Es kommt vor allem darauf an, daß ihnen darauf neue Mittel erwachsen, die sie dann der kreditbedürftigen Wirtschaft zur Verfügung stellen können. Das soll durch die Ausgabe neuer Aktien erreicht werden. Wer aber soll der Käufer werden? Das Publikum, dessen Sparkapitalien erschöpft sind und das gegenüber Aktienausgaben seit den Juliereignissen mit dem größten Mißtrauen erfüllt ist, wäre wohl als nennenswerter Käufer kaum in Betracht. Dieser Gedanke hat das Reich demgegenüber einzufrieren. Allerdings wissen wir, daß die finanzielle Lage des Reiches selbst noch wie vor recht gefährdet ist. Der Reichsfinanzminister hat wiederholt ausgesprochen, vor welchen Gefahren der Reichshaushalt im Laufe dieses Jahres stehen wird, wenn sich die Ausbreitung der Steuererlöse erst voll auszuwirken beginnt.

Trotzdem hat man einen Ausweg gefunden. Das Reich übernimmt die neuen Aktien, zahlt aber nicht in bar, sondern in Reichsschatzwechseln, die dann von der Reichsbank wahrscheinlich im Wege über die Goldkassendiskontiert werden. In den Kreisen der Reichsbank wird allgemein angenommen, daß dieser Weg in erster Linie deshalb befürchtet werden soll, weil er die Gewinnne der Reichsbank für die Allgemeinheit nutzbar macht. Denn aus diesen Gewinnen sollen in erster Linie mit Hilfe der Schatzwechsel die flüssigen Mittel für die Kreditgeschäfte der Banken gewonnen werden. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß infolge der Kreditnot der Wirtschaft und den hohen Diskontsätzen die Gewinne der Reichsbank sehr geringe sind. Als Monopolinstitut der Notenausgabe hat also die Reichsbank von einer Entwicklung erheblichen Nutzen gezogen, die die private Wirtschaft auf das schwerste geschädigt hat. In dem Maße, wie es den Banken gelingt, ihre festgefrorenen Kredite an die Wirtschaft wieder aufzulösen und hereinzunehmen, könnten dann die Reichsschatzwechsel bei der Reichsbank eingelöst werden.

Diese Entwicklung, die zwangsläufig zu einer weiteren Entlastung des Staates auf die Wirtschaft, insbesondere auf die Bankwelt, geführt hat, ist eine unabweisliche Folge der Geld- und Kreditkrise, die im Befolge der Wirtschaftskrise und der Auslandsverschuldung zu einer tiefen Entfremdung der Bankenkredite an die private Wirtschaft führte. Es begann mit der Verarmung weltweiter Volksschichten und der Vernichtung großer Vermögen und namhafter Betriebskapitalien durch die Inflation. Das Festhalten eigener Kapitalien wurde durch Kapitalaufnahme im Auslande ausgeglichen, weil die Wirtschaft gebotigt hatte, durch Reinvestitionen wieder konkurrenzfähig zu werden. Aber der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, verstärkt durch die starken Absetzungen von Barkapitalien für Steuerzahlungen, vergrößerte den nicht mehr zu stillenden Kredit Hunger in Deutschland. Schließlich waren die Mittel der Banken erschöpft. Es kam zum Ruin der Auslandsgläubiger, aus dem sich schließlich der Ruin der in Deutschland gläubiger entwickelte, der dann am 18. Juli zur völligen Stilllegung des Geld- und Kreditverkehrs führte, dessen ähneres Zeichen die Schließung der Bankenschatz war. Seit dieser Zeit lebt Deutschland unter einem kreditpolitischen Ausnahmezustand. Am schwersten haben naturgemäß diejenigen Banken gelitten, die die Vermittlung von Auslandskrediten besonders gepflegt haben. Sie sind heute noch in einer recht gefährdeten Lage, weil bei einer Kündigung des Stillhalteabkommens infolge von Quertreibereien Frankreichs sie nicht die geringste Möglichkeit bestehen würde, die Auslandskrediten selbst nur zu einem Bruchteil zurückzugeben. Man redet deshalb in Berliner amtlichen Kreisen gar nicht mit einem neuen Ruin der Auslandsgläubiger, selbst im Falle französischer Währungs, weil man annimmt, daß die Gläubiger die Auslandsloshandlung selbst nur zu gut kennen.

Aber auch im inländischen Kreditgeschäft der Banken trat seit dem 18. Juli keine Besserung ein. Denn die wirtschaftliche Schrumpfung ging weiter, die Schulden wurden immer weniger in die Lage versetzt, ihre Bankschulden zurückzugeben, während umgekehrt die Banken ihre Reserven durch die Verdrängung ihrer Einleger weitgehend erschöpft hatten. So waren die Banken in jenem Zustand der Illiqui-

Asiatische Konturle

Genf, 19. Febr. In den ersten oder verlegenen Verhandlungen der hohen Ratsmitglieder war es von vornherein zu erkennen, daß sich die Herren vor große verantwortungsvolle Entscheidungen gestellt haben, denen sie beim besten Willen nicht mehr ausweichen konnten. China hat heute die dringende Ratsagung durchgesetzt.

dem chinesischen Befanden Jen

Das Wort. Der Vertreter Chinas spricht innerlich bewegt, packend, oft beschwörend.

Winnen kürzester Frist würden mehr als 100 000 Mann und 40 Kriegsschiffe mit allen modernen Waffen sich vor Shanghai eine Schloß stellen.

China hätte das unerträgliche Risiko des japanischen Besatzes, der Truppen in seinem eigenen Lande 20 Kilometer zurückzuführen, nur weil Japan es wagt, nicht zu erlauben. Jen wird den Japanern gleichzeitig den Gebrauch von Dumm-Geschossen vor und verteilt bei der letzten chinesische 10. Armee gegen den Vorwurf, daß sie kommunistisch sei. Im Schluß appelliert er an den Rat, seine Pflicht zu erfüllen und das drohende Unheil zu verhindern.

Sofort antwortet der Japaner Sato,

der unabweislich und ungerührt antwortet. Er beginnt abgerund, scheinbar ausnahmslos, an einem ganz anderen Punkt auf einer ganz anderen Ebene. Nur die Grenzlegende von den Dumm-Geschossen weist er empört zurück und verweist dann höflich die Vorlage eines solchen Geschosses. Nach und nach wächst aber seine Rede an Bedeutung und Form. Sie schweift zwar noch häufig ab; manchmal geht es aus, als wolle Sato nur Zeit gewinnen, um den Chinesen am Reden zu verhindern. Aber dann kommen doch sehr interessante Gesichtspunkte.

Der Japaner greift den Völkerbund an, der sein Recht habe, sich mit Japans Vorgehen kritisch zu befassen, solange er die ganz ähnlich liegenden Vorfälle von 1927 in China, an denen auch andere Mächte beteiligt waren, einlass überläßt.

Der Völkerbundsrat gehe nach Satos Meinung sehr an dem Kern der Dinge vorbei, nämlich an der völligen Desorganisation des chinesischen Reiches, an der Mißwirtschaft der chinesischen Generale, an der Unmöglichkeit, Eigentum und Leben der japanischen Untertanen anders zu schützen, als es jetzt geschieht. Ähnliches entwickelt sich die Rede zu einem Plädoyer für Japan, wobei von Sato alles vorgebracht wird, was irgend zu Recht oder mit einem Schein von Wahrscheinlichkeit gesagt werden kann. Besonders spricht er über Japans Kulturarbeit in der Mandchuriet, über die Japansanfrage seines Bevölkerungszuwachses, um Meer umfassen Landes, daß nicht in der glücklichen Lage anderer Mächte sei und nur Kriebsraum und Arbeitslosigkeit in der Mandchuriet haben wolle. Dann folgt die Erklärung, daß Japan weder dort noch sonst irgendwo territoriale Wünsche oder Interessen verfolge. Japan wolle Frieden, so schnell wie möglich, nachdem es vorher für wirklich haltbare Zustände gekämpft habe. Schließlich meint Sato, die Einberufung der Völkerbundsvollversammlung sei für den Rat ein Vermutungsgegenstand, doch ließ er durchblicken, daß er nunmehr mit dieser Einberufung rechne. Japan hat sich bekanntlich nur bewahrt, den Termin um wenigstens 14 Tage hinauszuschieben. Was soll übrigens die Vollversammlung tun, sagt Sato hinzu, solange die Vorkälle im Fernen Osten durch die Untersuchungen des Rates noch gar nicht geklärt sind. Der Japaner sprach in seiner eigenartigen, von Pausen unterbrochenen Rede etwa eine Stunde, ohne irgend wie auf das Thema der Ratsagung, die drabende Schlicht vor Shanghai, überhaupt einzugehen.

Darauf erhielt der Chineser das Wort zur Replik.

Er zeigte sich als der weit Überlegene, der gewandtere und viel schlaftere Redner, der schon durch sein Temperament dem stolischen und langsamen Japaner weit überlegen war. Wie eine Mauer stieg dabei dicht hinter ihm fünf Chinesen, die fortgesetzt mit den Reden nicht und mit der Angriffsfreudigkeit ihres Chefs schlich zufrieden sind. Den sucht nachzuweisen, daß China nie so einig gewesen sei wie heute, und er wendet sich mit großer Geschicklichkeit und häufig überzeugend der Rede nach gegen die Argumente des Japaners, der sich ja zweifellos für einen Redekampf in einer viel unangünstigeren Lage befindet. Den Scheitert sich auch nicht.

den Japanern die Ermordung Tschangkalangs, des einzigen Gouverneurs der Mandchuriet, an den Kopf zu werfen.